

N i e d e r s c h r i f t

über die 13. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 06.04.2011
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:02 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Frau Gabriele Hackel
Herr Robert Helpenstell
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alaattin Bayrak
Herr Jens Geyer
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia
Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand

Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

MfM

Frau Lilo Friedrich

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Markus Gronauer

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth
Herr Georg Mittmann
Herr Gerhard Mühler

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes VIII/0535
3. Kenntnisnahme der Niederschrift der 12. Sitzung des Rates vom 28.02.2011 - öffentlicher Teil -
4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0540
5. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
Die Sitzung des Rates wird um 18:00 Uhr bzw. nach Beendigung der Beratung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen.
(Behandlung nach TOP 22)
6. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Anregung von Anwohnern des Gebietes "Am Sportplatz/Maria-Montessori-Straße/Nelly-Sachs-Straße" VIII/0541
Anregung: - einen ausreichenden Lärmschutz im genannten Straßenabschnitt durch Erhöhung des Walles bzw. durch eine zusätzliche Wand herzustellen und - die Lücke im Lärmschutz im Bereich der früheren Einmündung Am Sportplatz kurzfristig zu schließen
7. Bebauungsplan Nr. 84 M "Gewerbepark Rheinpark" - 1. Änderung VIII/0462
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 24B - 3. Änderung "Sandstraße - Baumberger Chaussee - Am Sportplatz" VIII/0497
- Behandlung der Anregungen und Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
9. Auflösung und Neubildung des Betriebsausschusses, hier: Festlegung des "maßgeblichen Zeitpunktes" VIII/0542
- 9.1. Satzung zur 3. Änderung der Betriebsatzung für die Städtischen Betriebe Monheim am Rhein VIII/0506
10. Auflösung und Neubildung sowie Neuwahl des Betriebsaus- VIII/0507

schusses

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 11. | Änderung der Vergnügungssteuersatzung | VIII/0480 |
| 12. | Änderung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0468 |
| 13. | Sachstandsbericht zum Thema Muslimische Beisetzungen auf dem Waldfriedhof und Satzung zur 3. Änderung der "Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2003" | VIII/0423 |
| 14. | Bestellung einer Beauftragten für Kinder und Familien | VIII/0520 |
| 15. | Kindergartenbedarfsplanung und Ausbau U3 2011/12 | VIII/0493 |
| 16. | Erweiterung des Radweges Deichstraße / Klappertorstr. mit Rampe zum Ausleger | VIII/0513 |
| 17. | Fußgängerzone von der Tempelhofer Straße/Ernst-Reuter-Platz bis zur Alten Schulstraße - Freigabe für den Radverkehr | VIII/0478/1 |
| 18. | Umsetzung des Medienentwicklungsplanes für Schulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0475 |
| 19. | Stellenplan 2011 | VIII/0508 |
| 20. | Fortschreibung des Sollstellenplans | VIII/0505 |
| 21. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 | VIII/0516 |
| 22. | Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes | VIII/0523 |
| 23. | Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein am
-Sonntag, 29.05.2011, anlässlich des Stadtfestes,
-Sonntag, 06.11.2011, anlässlich des Martinsmarktes und am
-Sonntag, 11.12.2011, anlässlich des Weihnachtsmarktes | VIII/0546 |
| 24. | Antrag der PETO-Fraktion: Verein Region Köln/Bonn e.V. | VIII/0500 |
| 25. | Nachwahlen und Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien | VIII/0533 |
| 26. | Mündliche Mitteilungen | |
| 26.1. | Mitteilung zum Bebauungsplan 125 M - Satzungsbeschluss | |
| 26.2. | Mitteilung zu der Anfrage von Rats Herrn König - CDU - zu der Städtepartnerschaftsbeschilderung | |

- 27. Mündliche Anfragen
- 27.1. Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - "Aufstellung des Fotoautomaten im Bürgerbüro"
- 27.2. Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - "Gutachten im Jahr 2010 für den Bereich der Stadtplanung"
- 27.3. Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - "Grundstücksverhandlungen im Zusammenhang mit dem Sportstättenkonzept"
- 27.4. Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - "Kunstrasenfläche auf dem Sportplatzgelände des FC Monheim"
- 27.5. Anfrage des Ratsherren Helpenstell - CDU - "Ausschreibungsverfahren zur Finanzierung der Versorgungsverpflichtungen für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Monheim am Rhein"
- 27.6. Anfrage des Ratsherren Bosbach - CDU - "Parkgelegenheiten für Rats- und Ausschussmitglieder an Sitzungstagen"

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 13. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Dann weist er auf die Ergänzung der Tagesordnung um die Vorlage VIII/0546 „Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein...“, die als TOP ö 23 beraten werden soll, hin. Sie wurde in die Fächer der Ratsmitglieder verteilt. Auch die überarbeitete Fassung der Vorlage VIII/0478/1 „Fußgängerzone von der Tempelhofer Straße/Ernst-ReuterPlatz bis zur Alten Schulstraße – Freigabe für den Radverkehr“ (TOP ö 17) wurde in die Postfächer verteilt. Weiterhin wurden ergänzende Anlagen zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts an die Ratsmitglieder versandt. Außerdem wurde eine Ergänzung zur Vorlage VIII/0533 „Nachwahlen und Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien“ an die Plätze verteilt.

Auf die Nachfrage des Sprechers der CDU-Fraktion, warum der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes 125 M nicht auf der Tagesordnung sei, teilt der Bür-

germeister mit, dass er eigentlich unter TOP 25 „Mündliche Mitteilungen“ berichten wollte, dass der zwingend erforderliche städtebauliche Vertrag noch nicht von allen Beteiligten unterschrieben worden sei, weil sich einer der Teilhaber auf einer längeren Auslandsreise befunden habe. Der Satzungsbeschluss könne nicht vor der Beurkundung des städtebaulichen Vertrages gefasst werden. Das Verfahren sei mit dem Projektentwickler abgestimmt worden. Über den Satzungsbeschluss solle dann in der nächsten Ratssitzung entschieden werden.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion beantragt, die Beratung über die TOP 19 bis 22 (Stellenplan, Fortschreibung des Sollstellenplanes, Haushaltssatzung und Haushaltsplan und Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes) nach dem TOP 6 vorzunehmen, damit die Beratungen hierüber nicht in die späten Abendstunden fallen.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen erhebt dagegen Bedenken. Sie ist der Meinung, u.a. wegen der vielen Gäste, die nur wegen dieses Themas gekommen seien, dass vorher auf jeden Fall die Beratung in Sachen Betriebssatzung und Betriebsausschuss stattfinden solle.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Änderung der Vergütungssteuersatzung auf jeden Fall vor dem Beschluss über die Haushaltssatzung geschlossen werden müsse.

Aufgrund dieser Hinweise und den Signalen aus dem Gremium, dass bei den weiteren Tagesordnungspunkten kein größerer Beratungsbedarf bestehe, zieht die Sprecherin der PETO-Fraktion ihren Antrag zurück.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung mit den durch den Bürgermeister vorgetragenen Ergänzungen ergeben sich keine Bedenken.

2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes **Vorlage: VIII/0535**

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, bittet der Bürgermeister Herrn Strauss - PETO-Fraktion - nach vorne und verpflichtet ihn in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde."

Der Bürgermeister und die Ratsmitglieder gratulieren Herrn Strauss zu seiner Verpflichtung als Ratsmitglied.

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der 12. Sitzung des Rates vom 28.02.2011 - öffentlicher Teil -

Herr Anhut - FDP-Fraktion - wendet ein, dass auf Seite 7 der Niederschrift das Protokoll zu dem von Herrn Risse - PETO - gestellten Geschäftsordnungsantrag („Schluss der Rednerliste“) nicht korrekt wiedergegeben worden sei. Seiner Erinnerung nach habe Herr Risse „Schluss der Debatte“ beantragt.

Herr Anhut behauptet, dass es nicht das erste Mal vorgekommen sei, dass der Bürgermeister Geschäftsordnungsanträge in seinem Sinne umgedeutet und dann darüber habe abstimmen lassen. Deshalb wünsche er eine Berichtigung der Niederschrift.

Der Bürgermeister weist den Vorwurf der Beeinflussung/Manipulation zurück und erklärt, dass er vor der Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag immer nochmals nachfrage, was konkret beantragt worden sei. Er habe in Erinnerung, dass Herr Risse auf diese Nachfrage, seinen Antrag auf „Schluss der Rednerliste“ konkretisiert habe.

Herr Anhut könne aber gemeinsam mit der Schriftführerin die Audioaufzeichnung abhören. Sollte sich danach das Protokoll als unrichtig herausstellen, werde die Korrektur vorgenommen.

Auf weitere Nachfrage teilt der Bürgermeister mit, dass die Audioaufzeichnungen der Sitzungen nach der jeweiligen Kenntnisnahme der Niederschrift gelöscht würden.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion trägt ebenfalls Änderungswünsche zur Niederschrift vor.

- Auf Seite 12, zu TOP 8, 3. Absatz müsse es nach Auffassung der SPD-Fraktion richtig heißen:

„Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion sich an der weiteren Workshop-Arbeit beteilige, mit dem Hintergrund, für die eigene Position zu werben.“

- Bei TOP 11.6 sei die Fraktionszugehörigkeit von Herrn Nieswand fälschlicherweise mit CDU angegeben worden.

Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass der Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des Rates vertagt werde und die Niederschrift dann erneut zur Kenntnis gegeben werde.

4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Vorlage: VIII/0540

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Anregung von Anwohnern des Gebietes "Am Sportplatz/Maria-Montessori-Straße/Nelly-Sachs-Straße" Anregung: - einen ausreichenden Lärmschutz im genannten Straßenab-

schnitt durch Erhöhung des Walles bzw. durch eine zusätzliche Wand herzustellen und - die Lücke im Lärmschutz im Bereich der früheren Einmündung Am Sportplatz kurzfristig zu schließen

Vorlage: VIII/0541

Ein Sprecher der SPD-Fraktion beantragt, über die Anregung der Anwohner im zuständigen Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehrswesen zu beraten.

Sprecher der PETO-Fraktion und von B90/Die Grünen bringen zum Ausdruck, dass die Beratung im Fachausschuss begrüßt werde.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

Er weist darauf hin, dass die Antragsteller über den Beratungstermin im Fachausschuss informiert würden.

Beschluss

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr verwiesen.

einstimmig zugestimmt

- 7** **Bebauungsplan Nr. 84 M "Gewerbepark Rheinpark" - 1. Änderung**
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0462

Beschluss

1. Die im Verfahren eingegangenen Anregungen aus den öffentlichen Auslegungen der Planung sowie die vorliegenden Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägung wird entsprechend der Aufstellung in den Anlagen 07, 09 sowie 11 zur Drucksache beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 84M „Gewerbepark Rheinpark“- 1. Änderung wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

- 8** **Bebauungsplan Nr. 24B - 3. Änderung "Sandstraße - Baumberger Chaussee**
- Am Sportplatz"
- Behandlung der Anregungen und Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0497

Beschluss

1. Die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr.24 B „Sandstraße – Baumberger Chaussee - Am Sportplatz“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

9 Auflösung und Neubildung des Betriebsausschusses, hier: Festlegung des "maßgeblichen Zeitpunktes"
Vorlage: VIII/0542

Der Bürgermeister schlägt vor, diesen TOP gemeinsam mit den TOP 9.1 und 10 zu behandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Bürgermeister erläutert eingehend die neue Vorlage, die wie auch eine Erklärung des Betriebsrates den Ratsmitgliedern an die Plätze verteilt wurde. Er ruft den bisherigen Werdegang in der Angelegenheit und die Schwierigkeiten bei der Wahl der Beschäftigtenvertreter in Erinnerung und weist darauf hin, dass mit der heute vorgelegten Vereinbarung zur Neuwahl der Vorschlagsliste der Weg für die Neuwahl der Beschäftigtenvertreter jetzt frei sei. Die Verwaltung sichere dem Wahlvorstand bei der Wahl der Beschäftigtenvertreter ihre Unterstützung zu.

Nachdem allgemein Zustimmung zu dem jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag signalisiert wird, erklärt der Bürgermeister, dass die Vorlagen VIII/0506 und VI-II/0507 zurückgezogen würden. Dafür werde zur Abstimmung über die neue Vorlage VIII/0542 aufgerufen.

Beschluss

1. Der mit Beschluss des Rates vom 27.10.2009 gebildete Betriebsausschuss der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein wird aufgelöst.
2. Der Betriebsausschuss ist neu zu bilden. Als „maßgeblicher Zeitpunkt“ im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 der Wahlordnung für Eigenbetriebe wird der 01.07.2011 bestimmt.

einstimmig zugestimmt

**9.1 **Satzung zur 3. Änderung der Betriebssatzung für die Städtischen Betriebe
Monheim am Rhein****
Vorlage: VIII/0506

Die Vorlage wird zurückgezogen.

10 **Auflösung und Neubildung sowie Neuwahl des Betriebsausschusses**
Vorlage: VIII/0507

Die Vorlage wird zurückgezogen.

11 **Änderung der Vergnügungssteuersatzung**
Vorlage: VIII/0480

Beschluss

Die Satzung zur 2. Änderung der Vergnügungssteuersatzung für die Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.2005 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

36 Ja-Stimmen (12 PETO, 11 CDU, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM)

2Nein-Stimmen (FDP)

**12 **Änderung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt
Monheim am Rhein****
Vorlage: VIII/0468

Beschluss

Die Änderung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein vom 20. Mai 2010 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**13 **Sachstandsbericht zum Thema Muslimische Beisetzungen auf dem Wald-
friedhof und Satzung zur 3. Änderung der "Friedhofssatzung der Stadt
Monheim am Rhein vom 18.12.2003"****
Vorlage: VIII/0423

Beschluss

1. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Satzung zur 3. Änderung der „Friedhofssatzung der Stadt Monheim

am Rhein vom 18.12.2003“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um muslimische Beisetzungen zu ermöglichen.

einstimmig zugestimmt

14 Bestellung einer Beauftragten für Kinder und Familien Vorlage: VIII/0520

Nach Erläuterung des Sachverhaltes durch den Bürgermeister, erklärt die Vertreterin von Menschen für Monheim, dass sie grundsätzlich die Bestellung einer Beauftragten für Kinder und Familien sehr befürworte. Allerdings halte sie die Verquickung der Aufgaben der Jugendamtsleiterin mit den Aufgaben der Beauftragten für abträglich. Eine andere Person als die der Jugendamtsleiterin sei dafür besser geeignet. Sie werde deshalb die Vorlage ablehnen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich nicht um eine zustimmungspflichtige Vorlage handele, sondern es sich bei der Bestellung von Frau Berg als der Beauftragten für Kinder und Familien und der Aufnahme in den Verwaltungsvorstand um eine verwaltungsinterne Organisationsmaßnahme handele. Anschließend erklärt er eingehend die wahrzunehmenden Funktionen.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass grundsätzlich die Bestellung einer Beauftragten für Kinder und Familien begrüßt werde. Sie äußert Bedenken in Hinsicht auf die möglicherweise zu erwartende Überbelastung der Jugendamtsleiterin durch die Übernahme der neuen Aufgaben.

Bezüglich der angesprochenen zusätzlichen Belastung der Jugendamtsleiterin stellt der Bürgermeister fest, dass die dienstliche Fürsorgepflicht nicht vernachlässigt werde. Nicht alle Aufgaben, die mit der Funktion der Beauftragten für Kinder und Familien verbunden seien, müssten selbst von Frau Berg erarbeitet werden. Dafür stünde ein umfangreicher Mitarbeiterstab zur Verfügung. Es ginge in der Hauptsache um die Verankerung der Funktion im Verwaltungsvorstand.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt unter Hinweis auf die Debatte im Jugendhilfeausschuss, dass auch seine Fraktion die höhere Arbeitsbelastung als sehr kritisch betrachte. Außerdem halte man es nicht für sinnvoll und zuträglich, dass die Jugendamtsleiterin in Personalunion mit der Beauftragten für Kinder und Familien stehe.

Der Bürgermeister erklärt zum Abschluss der Diskussion, dass er die Vorbehalte nicht nachvollziehen könne und hoffe, dass im Laufe der Zeit die Bedenken zerstreut werden könnten.

15 Kindergartenbedarfsplanung und Ausbau U3 2011/12 Vorlage: VIII/0493

Einleitend erklärt der Bürgermeister, dass die Vorlage aufgrund technischer Schwierigkeiten nicht auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses erschienen ist und deshalb dort nicht vorberaten wurde.

Auf Nachfrage der Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen, ob bei der Vorlage die durch die Landesregierung beschlossene Änderung des Einschulungsalters berücksichtigt worden sei, wird durch den Bürgermeister verneint.

Der Beigeordnete weist auf den zu der Gesetzesänderung beschlossenen Hinweis hin, wonach die Landesregierung zur Ermittlung der entstehenden Mehrkosten aufgefordert wurde. Zurzeit könne allerdings nicht konkret gesagt werden, wie die Mehrkosten ermittelt würden und wie diese den Gemeinden ersetzt würden.

Die Leiterin des Jugendamtes erklärt, dass die Gesetzesänderung, die einen Mehrbedarf von etwa zwei KiTa-Gruppen erforderlich mache, bei der nächsten Kindergartenbedarfsplanung Berücksichtigung finden werde.

Beschluss

I Kindergartenbedarfsplan 2011/12

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Alter	Formen	Plätze	Gruppen
2-6 Jahre	Ia	6	0,3
	Ib	88	4,4
	Ic	181	9,05
0-3 Jahre	IIb	5	0,5
	IIc	55	5,5
3 Jahre und älter	IIIa	85	3,4
	IIIb	419	16,76
	IIIc	348	17,4

II Ausbauschritte U3 für das Kindergartenjahr 2011/12

Die Verwaltung wird entsprechend der aktualisierten U3-Ausbauplanung beauftragt, 23 neue U3-Plätze für das Kindergartenjahr 2011/12 zu schaffen.

III Kosten

Laufende Betriebskosten/Kindpauschalen

Für die Umsetzung der gesetzlich gebotenen U3-Planung und zur Sicherung der Rechtsanspruchplätze wird ein Budget in Höhe von 6,684 Mio.

EUR für die laufenden Zuschüsse zu den Kindpauschalen an die freien Träger im Haushaltsjahr 2011 bereit gestellt.

einstimmig zugestimmt

- 16 Erweiterung des Radweges Deichstraße / Klappertorstr. mit Rampe zum Ausleger**
Vorlage: VIII/0513

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt den Bau der Radwegeverbreiterung zwischen der Deichstraße und der Klappertorstraße zusammen mit dem Bau der barrierefreien Rampe zum Anleger Baumberg.

einstimmig zugestimmt

- 17 Fußgängerzone von der Tempelhofer Straße/Ernst-Reuter-Platz bis zur Alten Schulstraße - Freigabe für den Radverkehr**
Vorlage: VIII/0478/1

Der Bürgermeister weist auf die aufgrund der stattgefundenen Debatte im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen geänderte Beschlussvorlage hin. In der Erläuterung geht er eingehend auf die Änderungen ein.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass der Vorlage nicht zugestimmt werde, weil die vorhandenen räumlichen Gegebenheiten in der Unterführung Heinestraße auch mit den vorgeschlagenen Ausweisungen für die gleichzeitige Nutzung für Fußgänger und Radfahrer für ungeeignet angesehen würden. Gerade der Bereich des Kioskes sei durch die schlechten Licht- und dadurch Sichtverhältnisse für gemeinsame Nutzung ungeeignet.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass auch seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, weil die vorgetragenen Argumente der Verwaltung nicht schlüssig seien. Die in der Stellungnahme des Seniorinnen- und Seniorenbeirats genannten Kritikpunkte, besonders zu der Rampenanlage von der Tempelhofer Straße bis zum Ernst-Reuter-Platz würden in der neuen Vorlage nicht berücksichtigt. Eine Regelung an dieser Stelle werde auch nicht für lösbar erachtet. Die vorgeschlagenen Regelungen im Bereich der Unterführung „Heinestraße“ und „Rathaushauptein-/ausgang“ seien weltfremd und nicht umsetzbar. Ebenso fehle eine Aussage zu Regelungen an Markttagen. Aus all diesen Gründen sei aus Sicht der SPD-Fraktion ein Nebeneinander von Fußgängern und Radfahrern in der Fußgängerzone nicht konfliktfrei möglich und deshalb werde man der Vorlage nicht zustimmen.

Ein Sprecher der Fraktion von B90/Die Grünen erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Durch die in der neuen Vorlage der Verwaltung aufgenommenen Ein-

schränkungen und den Appell an die Fußgänger und Radfahrer auf gegenseitige Rücksichtnahme halte man die Legalisierung des Radverkehrs in diesem Bereich für begrüßenswert.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da es sich bei einer Fußgängerzone generell um einen geschützten Raum handle. Weder die Rampenanlage von der Tempelhofer Straße bis zum Ernst-Reuter-Platz noch die Unterführung Heinestraße seien ohne bauliche Maßnahmen zur gemeinsamen Nutzung von Fußgängern und Radfahrern geeignet. Die vorgeschlagene Lösung sei nicht praktikabel und verhindere auch nicht ggf. entstehende Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion der Legalisierung des Radverkehrs in diesem Bereich zustimmen werde. Dass eine konfliktarme gemeinsame Nutzung möglich sei, zeige sich an der bereits seit Jahren praktizierten Radverkehrsnutzung in diesem Bereich.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fußgängerzone Tempelhofer Str. / Ernst-Reuter-Platz / Friedrichstr. / Heinestr. / Rathausvorplatz für den Radverkehr zu öffnen. Hierfür sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Darauf basierend sind die Widmung vorzunehmen und die entsprechende, vorgestellte Beschilderung und Markierung einzurichten.

mehrheitlich abgelehnt

22 Nein-Stimmen (11 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 1 MfM)

16 Ja-Stimmen (12 PETO, 2 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM)

18 Umsetzung des Medienentwicklungsplanes für Schulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0475

Beschluss

1.

Der Medienentwicklungsplan für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Monheim am Rhein für die Jahre 2011 bis 2016 wird in der vom Planungsbüro Dr. Garbe Consult vorgeschlagenen Form umgesetzt. Die vom Gutachter vorgeschlagenen Einsparvorschläge werden hinsichtlich der Veränderung des Abschreibungszeitraumes von fünf auf sechs Jahre berücksichtigt.

2.

Auf Basis von jährlich zu führenden Bilanzgesprächen mit den Schulen erfolgt die Mittelfreigabe für das im Teilfinanzplan B veranschlagte Budget durch Beschlussfassung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

einstimmig zugestimmt

Stellenplan 2011
Vorlage: VIII/0508

Die Sprecherin der SPD-Fraktion schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 19, 20, 21 und 22 gemeinsam zu beraten.

Der Bürgermeister regt ergänzend dazu folgende Vorgehensweise vor: zunächst Behandlung von Einzelwortmeldungen, dann Vortrag der Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden und anschließende getrennte Abstimmung über die Tagesordnungspunkte.

Der Rat hat gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise keine Einwände.

Nachdem die Verwaltung einige Nachfragen zur Klarstellung beantwortet hat, erteilt der Bürgermeister in nachfolgend aufgeführter Reihenfolge den Fraktionsvorsitzenden das Wort, um ihre Haushaltsreden vorzutragen.

1. Herr Tim Brühland - CDU-Fraktion
2. Frau Lisa Riedel - PETO-Fraktion
3. Frau Ursula Schlößer - SPD-
4. Frau Andrea Stamm -Fraktion B90/Die Grünen
5. Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz - FDP-Fraktion

Hinweis zum Protokoll:

Die der Schriftführerin bis zur Fertigstellung der Niederschrift zugegangenen Haushaltsreden der unter Nummern 1 bis 4 aufgeführten Fraktionsvorsitzenden sind dieser Niederschrift als Anlagen beigefügt.

Vor Abstimmung über die Vorlage VIII/0508 „Stellenplan 2011“ erklärt die Sprecherin der SPD-Fraktion, dass der Stellenplan deutlich weniger Konfliktpotential berge als in den vergangenen Jahren. Da die SPD-Fraktion aber den Haushalt ablehne, würde der Stellenplan als Bestandteil des Haushaltsplanes konsequenterweise ebenfalls abgelehnt.

Beschluss

Der Stellenplan 2011 wird in der von der Verwaltung eingebrachten Form, die sich aus den beigefügten Tabellen ergibt, beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt

28 Ja-Stimmen (12 PETO, 11 CDU, 2 B90/Grüne, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM)

10 Nein-Stimmen (8 SPD, 2 FDP)

Fortschreibung des Sollstellenplans
Vorlage: VIII/0505

Beschluss

Der zurzeit gültige Sollstellenplan wird entsprechend der unter II. dargestellten Tabelle für den Planungszeitraum 2011 – 2014 fortgeschrieben. Die Maßnahmen aus der Personalwirtschaftlichen Konzeption des Haushaltssicherungskonzepts sind hierbei zu berücksichtigen.

mehrheitlich zugestimmt

30 Ja-Stimmen (12 PETO, 11 CDU, 2 FDP, 2 B90/Grüne, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM)

8 Nein-Stimmen (SPD)

21 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 Vorlage: VIII/0516

Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2011 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2011 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2011 wird Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

26 Ja-Stimmen (12 PETO, 11 CDU, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM)

10 Nein-Stimmen (8 SPD, 2 FDP)

2 Enthaltungen (B90/Die Grünen)

22 Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes Vorlage: VIII/0523

Beschluss

Die als Anlage beigefügte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Planungsjahre 2011-2019 wird mit den dort genannten Maßnahmen beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt

30 Ja-Stimmen (12 PETO, 11 CDU, 2 FDP, 2 B90/Grüne, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM)

8 Nein-Stimmen (SPD)

- 5 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**
Die Sitzung des Rates wird um 18:00 Uhr bzw. nach Beendigung der Beratung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen.

Es werden keine Fragen von den Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

Die Sitzung wird für eine Pause von 19:00 Uhr bis 19:15 Uhr unterbrochen.

- 23 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein am**
-Sonntag, 29.05.2011, anlässlich des Stadtfestes,
-Sonntag, 06.11.2011, anlässlich des Martinsmarktes und am
-Sonntag, 11.12.2011, anlässlich des Weihnachtsmarktes
Vorlage: VIII/0546

Beschluss

Die beigefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein wird beschlossen. Die Verordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

36 Ja-Stimmen (11 PETO, 11 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 1 B90/Grüne, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM)

2 Enthaltungen (1 PETO, 1 B90/Grüne)

- 24 Antrag der PETO-Fraktion: Verein Region Köln/Bonn e.V.**
Vorlage: VIII/0500

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erläutert umfassend den Antrag und bittet um Zustimmung, da im Raum Düsseldorf kein äquivalenter Verein bestehe.

Im Verlauf der Diskussion machen die Sprecher der Fraktionen ihre unterschiedliche Haltung zu dem Antrag deutlich.

Die Sprecher der Fraktionen von CDU und FDP erklären, dass durch einen möglichen Beitritt eine nutzenswerte Chance für Monheim am Rhein gesehen und deshalb dem Antrag zugestimmt werde.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion B90/Die Grünen äußern Bedenken, dass man sich der Region Köln/Bonn anschließen wolle. Die Region sei weit entfernt und es handele sich zudem um einen anderen Regierungsbezirk. Eine Ausrichtung in Richtung Wirtschaftsraum Düsseldorf und Kreis Mettmann werde als eindeutig

sinnvoller angesehen, deshalb könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird als Kompromiss folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages erarbeitet, die die Zustimmung aller Fraktionen findet:
„Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung zu prüfen, und darüber hinaus, welche Möglichkeiten der vertieften regionalen Zusammenarbeit innerhalb der Kreisgemeinschaft Richtung Stadt Düsseldorf bestehen.“

Beschluss:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein Beitritt zum Verein Region Köln/Bonn e.V. möglich ist und mit welchen Kosten und Bedingungen dies verbunden wäre und darüber hinaus, welche Möglichkeiten der vertieften regionalen Zusammenarbeit innerhalb der Kreisgemeinschaft Richtung Stadt Düsseldorf bestehen.

einstimmig zugestimmt

**25 Nachwahlen und Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien
Vorlage: VIII/0533**

Der Bürgermeister weist auf die Ergänzung in der Anlage hin. Der Seniorenbeirat hat im Jugendhilfeausschuss ein neues stellvertretendes Mitglied benannt.

Beschluss

1. Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien einschließlich der Ergänzung der stellvertretenden Ausschussmitglieder wird gem. der beigefügten ergänzten Anlage beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Ersatzbenennung des stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr durch die PE-TO-Fraktion zu Kenntnis.

einstimmig zugestimmt

26 Mündliche Mitteilungen

26.1 Mitteilung zum Bebauungsplan 125 M - Satzungsbeschluss

Der Bürgermeister weist hinsichtlich des Bebauungsplanes 125 M auf seine Ausführungen unter Tagesordnungspunkt 1 hin.

26.2 Mitteilung zu der Anfrage von Ratsherrn König - CDU - zu der Städtepart-

nerschaftsbeschilderung

Der Bürgermeister erklärt, dass aufgrund der Anfrage von Herrn König die Ausrichtung der Städteschilder nochmals recherchiert worden sei und dass die Schilder korrekt angebracht worden seien.

Er gibt den ergänzenden Hinweis, dass durch die ausführende Firma auf den Schildern die Stadtwappen der Partnerstädte spiegelverkehrt dargestellt wurden. Im Rahmen der Gewährleistung wurden die Schilder korrigiert und zwischenzeitlich ausgetauscht.

In Baumberg werde der mutwillig abgeknickte Wegweiser nach Delitzsch ausgetauscht und etwas höher angebracht, um eine erneute Zerstörung tunlichst zu verhindern.

27 Mündliche Anfragen

27.1 Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - "Aufstellung des Fotoautomaten im Bürgerbüro"

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt zu Protokoll, dass sie nach Gesprächen mit der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen heute den mündlichen gemeinsamen Antrag stellen wolle, dass der Rat die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise in Bezug auf den Fotoautomaten für das Bürgerbüro an sich ziehen wolle.

Zu den Ausführung des Bürgermeisters aus den vergangenen Ratssitzungen zu diesem Thema, dass die Vorlage zur Beratung in den Fachausschuss gegeben werden solle, solle mit diesem Antrag sichergestellt werden, dass eine Fortberatung über den Fachausschuss hinaus im Rat stattfindet.

Der Bürgermeister erklärt, dass zwischenzeitlich die Zertifizierung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie vorliege.

Wie er bereits in einer der letzten Ratssitzungen erklärt habe, wolle man jetzt eine Vorlage in den Sitzungslauf geben, wonach zunächst die Vorberatung im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten erfolgen solle. Er sichert zu, dass das Gerät nicht in Betrieb gesetzt werde, bevor nicht ein entsprechender Ratsbeschluss erfolgt sei.

27.2 Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - "Gutachten im Jahr 2010 für den Bereich der Stadtplanung"

Ratsherr Göbel erklärt, dass im Jahr 2010 für den Bereich Stadtplanung Gutachten in nicht unerheblicher Anzahl in Auftrag gegeben worden seien. Er bittet um die Zusammenstellung der dafür entstandenen Kosten.

Der Bürgermeister sagt schriftliche Beantwortung zu.

27.3 Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - "Grundstücksverhandlungen im Zusammenhang mit dem Sportstättenkonzept"

Ratsherr Göbel fragt nach, ob aufgrund des Ratsbeschlusses zum Sportstättenkonzept vom 28.02.2011 bereits Gespräche mit Grundstückseigentümern, die von einer Grundstücksumlegung betroffen werden könnten, stattgefunden hätten.

Der Bürgermeister erklärt, dass Gespräche mit Grundstückseigentümern vor der o. g. Ratssitzung stattgefunden hätten. Allerdings seien nach dieser Sitzung noch keine weiteren Gespräche geführt worden. Diese stünden in Kürze an.

27.4 Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - "Kunstrasenfläche auf dem Sportplatzgelände des FC Monheim"

Ratsherr Göbel fragt an, ob die Möglichkeit in Betracht gezogen worden sei, den durch die ausführende Firma fehlerhaft verlegten Kunstrasen im Stadion des FC Monheim, der im Rahmen der Gewährleistung abgetragen und erneuert werde, als Ersatz auf dem Gelände der Bezirkssportanlage wieder aufzutragen. Er sei sich zwar bewusst, dass für den Belag dann keine Gewährleistung mehr übernommen werden könne. Doch ihm seien Aussagen von Fachleuten bekannt, dass dieser Belag durchaus fünf bis sechs Jahr halten könne. Das reiche für die geplante Übergangslösung aus.

Der Bürgermeister erklärt, dass es zuträfe, dass im Rahmen der Gewährleistung die Kunstrasenfläche getauscht werden müsse. Die Stadt habe keinerlei Eigentumsrechte an dem fehlerhaften Belag. In den mit der Firma geführten Verhandlungen, die die von Herrn Göbel vorgeschlagene Wiederverwertung des Belages zum Thema hatten, habe diese klargestellt, dass sie unter keinen Umständen einer Wiederverlegung des fehlerhaften Belages zustimmen werde. Die Kosten, die für die Aufnahme des Kunstrasens, den Transport und die erneute Verlegung entstanden wären, hätten zwischen rund 150.000 und 200.000 EUR betragen.

27.5 Anfrage des Ratsherren Helpenstell - CDU - "Ausschreibungsverfahren zur Finanzierung der Versorgungsverpflichtungen für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Monheim am Rhein"

Ratsherr Helpenstell weist auf den Beschluss des Rates hin, wonach zur Finanzierung zukünftiger Pensionslasten für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Monheim am Rhein die notwendigen Finanzmittel in eine Renten-/ Lebensversicherung anzulegen seien. Er fragt nach dem Stand der Angelegenheit und ob die vorzunehmende europaweite Ausschreibung erfolgt ist.

Der Kämmerer teilt mit, dass die Ausschreibung zwischenzeitlich erfolgt sei und die Eröffnung der Angebote am kommenden Montag stattfinden würde. Danach würden die Angebote gesichtet, ausgewertet und mathematisch berechnet. Danach werde mit dem Zuschlagsverfahren begonnen.

27.6 **Anfrage des Ratsherren Bosbach - CDU - "Parkgelegenheiten für Rats- und Ausschussmitglieder an Sitzungstagen"**

Ratsherr Bosbach weist auf die zu Sitzungszeiten extrem schlechte Parkplatzsituation für Ratsmitglieder hin. In der näheren Umgebung des Rathauses sei zwar kostenloser Parkraum vorhanden, allerdings gelte dort über eine Parkscheibenregelung nur eine Parkdauer von einer Stunde. Er fragt nach, ob eine Regelung gefunden werden könne, dass die Ratsmitglieder, die auf die Anreise mit Kraftfahrzeugen angewiesen seien, für die Zeit der Ratssitzungen von Parkgebühren oder evtl. gebührenpflichtigen Verwarnungen freigestellt werden könnten.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Ratsmitglieder den Mitarbeiterparkplatz benutzen könnten. Es sei ihm durchaus bewusst, dass diese Möglichkeit bei frühem Sitzungsbeginn allerdings kaum zum Tragen kommen könne. Als Ausweidlösung schlägt er vor, die Tiefgarage des Rathauscenters zu nutzen und in einer späteren Sitzungsunterbrechung die Fahrzeuge auf den Mitarbeiterparkplatz umzusetzen. Er sähe allerdings nicht die Möglichkeit einer generellen Ausnahmeregelung für Ratsmitglieder.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin

Anlagen:

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden der

CDU-Fraktion

PETO-Fraktion

SPD-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen